

**24.10.08**

## **Unterrichtung**

durch das  
Europäische Parlament

---

**Entschließung des Europäischen Parlaments vom  
24. September 2008 zur Vorbereitung des Gipfeltreffens EU/Indien  
(Marseille, 29. September 2008)**

---

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments  
- 317905 - vom 20. Oktober 2008. Das Europäische Parlament hat die  
Entschließung in der Sitzung am 24. September 2008 angenommen.

**Entschließung des Europäischen Parlaments vom 24. September 2008 zur Vorbereitung des Gipfeltreffens EU/Indien (Marseille, 29. September 2008)**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf die strategische Partnerschaft EU-Indien, die am 8. November 2004 in Den Haag auf den Weg gebracht wurde,
- unter Hinweis auf den 9. Gipfel EU–Indien, der am 29. September 2008 in Marseille stattfinden wird,
- unter Hinweis auf den Gemeinsamen Aktionsplan für eine strategische Partnerschaft aus dem Jahr 2005, der am 7. September 2005 auf dem 7. Gipfel EU–Indien in Delhi angenommen wurde,
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des achten Gipfels EU-Indien, der am 30. November 2007 in Neu Delhi abgehalten wurde ,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 29. September 2005 zu den Beziehungen EU-Indien: Eine Strategische Partnerschaft<sup>1</sup>,
- unter Hinweis auf die Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und Indien zum Länderstrategiepapier Indien 2007 – 2010,
- unter Hinweis auf das dritte Energieforum EU-Indien vom 20. Juni 2007,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 24. Mai 2007 zu Kaschmir: derzeitige Lage und künftige Perspektiven<sup>2</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 10. Juli 2008 zur angeblichen Existenz von Massengräbern im indisch verwalteten Teil Kaschmirs<sup>3</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 28. September 2006 zu den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und Indien<sup>4</sup>,
- unter Hinweis auf die Rede des Präsidenten der Republik Indien vor dem Europäischen Parlament vom 25. April 2007,
- in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Runden Tisches der Zivilgesellschaft EU-Indien der vom 15. bis 16. Juli 2008 in Paris stattfand,
- gestützt auf Artikel 103 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,

---

<sup>1</sup> ABl. C 227 E vom 21.9.2006, S. 589.

<sup>2</sup> ABl. C 102 E vom 24.4.2008, S. 468

<sup>3</sup> *Angenommene Texte*, P6\_TA(2008)0366.

<sup>4</sup> ABl. C 306 E vom 15.12.2006, S. 400

- 
- A. in der Erwägung, dass die Europäische Union und Indien die weltweit größten Demokratien sind und ihr gemeinsames Bekenntnis zu Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Multilateralismus in den internationalen Beziehungen zu Frieden und Stabilität in der Welt beiträgt,
- B. in der Erwägung, dass der oben genannte gemeinsame Aktionsplan für eine strategische Partnerschaft EU-Indien als Grundlage für die zunehmende Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Indien seit 2005 gedient hat,
- C. in der Erwägung, dass Indien in den letzten Jahren ein jährliches Wirtschaftswachstum von acht bis zehn Prozent verzeichnen konnte, was es als Land auszeichnet, das zu einer Wirtschaftsgrößmacht aufsteigt und das große Fortschritte bei der wirtschaftlichen Entwicklung gemacht hat; in der Erwägung der großen Fortschritte, die Indien bei einer Reihe von Indikatoren der menschlichen Entwicklung gemacht hat, wodurch eine breitere Mittelschicht, die fast 100 Millionen Menschen umfasst, entstanden ist, sowie der Tatsache, dass Indien jetzt nicht mehr nur Empfänger, sondern auch Geber von Entwicklungshilfe ist; weiterhin in der Erwägung, dass die riesigen Einkommensunterschiede sowie die Tatsache, dass 300 Millionen Inder unterhalb der Armutsgrenze leben, nach wie vor Anlass zu Besorgnis geben,
- D. in der Erwägung, dass Indien gegenwärtig einer Reihe innenpolitischer Krisen gegenübersteht, wie z. B. die andauernde Gewalt von Anhängern des Islamischen Dschihad und der Radikalismus der Hindus, die interkommunalen Spannungen in Jammu und Kaschmir, Übergriffe gegen Christen in Orissa, von denen viele zu den Dalits gehörten, sowie die Ausbreitung des maoistischen Aufstands (Naxaliten) in mindestens zwölf Staaten und Naturkatastrophen im Nordosten des Landes,
- E. in der Erwägung, dass im August 2008 in Orissa eine Welle der Gewalt gegen Christen und eine Reihe von Morden an Christen stattgefunden haben; außerdem in der Erwägung, dass es angeblich zu keinem wirksamen Einschreiten der örtlichen Polizei gekommen ist und dass die Führer der Vishwa Hindu Parishad erklärt haben, dass es kein Ende der Gewalt geben werde, bis Orissa vollkommen frei von Christen sei; in der Erwägung, dass christliche Gemeinschaften in Indien anhaltender Intoleranz und Gewalt ausgesetzt sind,
- F. in der Erwägung, dass trotz jahrzehntelanger Bemühungen der indischen Regierungen Diskriminierung auf Grund der Kastenzugehörigkeit und die Praktiken der ‚Unberührbarkeit‘ gegen die Dalits sich weiterhin auf ihre sozioökonomischen und politischen Bürgerrechte auswirken,
- G. in der Erwägung, dass seit Oktober 2005 in indischen Städten mehr als 400 Menschen bei Bombenanschlägen ums Leben gekommen sind; sowie in der Erwägung, dass dem bislang letzten dieser von islamitischen Terroristen verübten Anschläge am 13. September 2008 mindestens 20 Tote zum Opfer fielen und zahlreiche Verletzte zu beklagen waren,
- H. in der Erwägung, dass der Handel zwischen der Europäischen Union und Indien in den letzten Jahren exponentiell gestiegen ist, nämlich von 28,6 Milliarden Euro im Jahr 2003 auf über 55 Milliarden Euro im Jahr 2007, und dass die Auslandsinvestitionen der

Europäischen Union in Indien sich zwischen 2002 und 2006 mehr als verdoppelt und 2,4 Milliarden Euro erreicht haben, außerdem in der Erwägung, dass Indiens Handelssystem und Regelungsumfeld immer noch recht restriktiv sind und dass Indien 2008 im „Ease of doing business“-Ranking der Weltbank von 178 Volkswirtschaften den 120. Platz belegt,

- I. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament und das indische Parlament bilaterale Beziehungen aufgenommen haben,
- J. in der Erwägung, dass die Europäische Union und Indien dem Abschluss eines umfassenden, ausgewogenen und mit den Regeln der Welthandelsorganisation WTO voll vereinbarten Freihandelsabkommens verpflichtet bleiben, das eine progressive und gegenseitige Liberalisierung des Handels mit Waren und Dienstleistungen fördern und handelsbezogene Themen beinhalten soll; weiterhin in der Erwägung, dass ein Freihandelsabkommen beiden Wirtschaften zugute kommen, zu einer Erhöhung der Investitionen sowie des Export- und Importvolumens sowohl in der Europäischen Union als auch in Indien führen und den globalen Handel, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen, wirksam fördern wird,
- K. in der Erwägung, dass die Europäische Union und Indien eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technologie eingegangen sind,
- L. in der Erwägung, dass sich die Europäische Union und Indien um die Ausmerzung aller Formen von Terrorismus bemühen, der eine der ernsthaftesten Bedrohungen für Frieden und Sicherheit in der Welt darstellt,
- M. in der Erwägung, dass Indien zu einem Hauptakteur in der internationalen Gemeinschaft geworden ist und zu einem derjenigen Länder, die den größten Beitrag zu friedenserhaltenden Missionen der Vereinten Nationen leisten, und dass diese wichtigere Stellung von den Vereinten Nationen durch einen Sitz im UN-Sicherheitsrat anerkannt werden sollte,
- N. in der Erwägung, dass Indien eine wichtige Rolle zu spielen hat, wenn es um die Angelegenheiten Süd- und Südostasiens geht, insbesondere durch seine Mitgliedschaft in der Südasiatischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit SAARC und durch die Zusammenarbeit mit dem Verband Südostasiatischer Staaten ASEAN; in der weiteren Erwägung, dass Indien auch bei der Förderung der Stabilität in der Region eine Schlüssel-Rolle spielt und dass es in dieser Hinsicht in Nepal und Sri Lanka mit der Europäischen Union zusammenarbeitet,
- O. in der Erwägung, dass die Vereinigten Staaten und Indien ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der zivilen Nutzung von Atomkraft unterzeichnet haben,
- P. in der Erwägung, dass eine friedliche Zukunft für das ehemalige Fürstentum Jammu und Kaschmir ein wichtiges Ziel bleibt, um Stabilität in Südasien zu gewährleisten;
- Q. in der Erwägung, dass Klimawandel, Energieverbrauch und Energiesicherheit entscheidende Themen für die internationale Gemeinschaft sind,

- 
- R. in der Erwägung, dass die weltweite Explosion der Öl- und Lebensmittelpreise zu ernststen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und zu Besorgnis hinsichtlich möglicher sozialer Unruhen geführt hat,
- S. in der Erwägung, dass Indien an dem EU-Projekt Galileo und an dem Projekt ITER beteiligt ist,
1. begrüßt den 9. Gipfel EU–Indien als Zeichen einer nachhaltigen strategischen Partnerschaft und spricht sich mit Nachdruck dafür aus, künftig im Vorfeld dieser jährlichen Gipfel parlamentarische Treffen zu veranstalten, damit die demokratische Kontrolle dieses Prozesses gewährleistet sowie das Verständnis für die jeweiligen Standpunkte und demokratischen Systeme verbessert wird;
  2. bekräftigt seine entschiedene Unterstützung für die Stärkung der strategischen Beziehungen zwischen der EU und Indien und für die Entwicklung weiterer Wege zur Ausweitung der Beziehungen und ruft dazu auf, dass dem Gipfel konkrete Schlussfolgerungen zu wirtschaftlichen, politischen, Sicherheits-, Handels- und anderen Themen von gegenseitigem Interesse folgen;
  3. begrüßt die Überprüfung des oben genannten Aktionsplans für eine strategische Partnerschaft aus dem Jahr 2005 und hofft, dass klare Schwerpunkte und Fristen für die vereinbarten Tätigkeiten festgesetzt werden; wiederholt seinen Wunsch, in diesen Prozess eingebunden zu werden; ist bereit, mit der Kommission Gespräche über die Art und Weise seiner Beteiligung zu führen;
  4. stellt fest, dass die Europäische Union und Indien die Absicht haben, auf dem Gipfel eine überarbeitete Fassung des gemeinsamen Aktionsplans für eine strategische Partnerschaft anzunehmen; betont, wie wichtig es ist, den vorgeschlagenen gemeinsamen Aktionen wirkliche politische Substanz zu verleihen und genügend Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die geplanten Prioritäten vollständig erreicht werden;
  5. begrüßt die im Juni 2008 erfolgte Gründung der parlamentarischen Freundschaftsgruppe Indien–Europäisches Parlament, die im indischen Parlament das Pendant zu der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zur Republik Indien darstellen wird; bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass diese positive Entwicklung mittels regelmäßiger bilateraler Besuche und Rundtischgespräche einen gehaltvollen und strukturierten Dialog zwischen den beiden Parlamenten in Bezug auf Fragen, die von allgemeinem und gemeinsamen Interesse sind, in Gang setzen wird;
  6. betont sein entschlossenes Engagement für die Schaffung eines umfassenden und ehrgeizigen Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Indien; stellt fest, dass die Verhandlungspartner zwar einen breiten Konsens über den Warenhandel erzielt haben, dass aber weitere Gespräche erforderlich sind, um zu einem Einvernehmen in den Bereichen Dienstleistungen, Wettbewerb, Rechte am geistigen Eigentum, öffentliches Beschaffungswesen, nachhaltige Entwicklung, gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen sowie nichttarifäre Hemmnisse zu gelangen; drängt beide Seiten, darauf hinzuwirken, dass die

Verhandlungen bis Ende 2008 zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden; stellt fest, dass der bilaterale Handel und die bilateralen Investitionen in den vergangenen zehn Jahren gewaltig zugenommen haben und betont, welches ein riesiges Potenzial für weiteres Wachstum sich aus solch einem Abkommen ergibt;

7. fordert den Abschluss eines umfassenden Freihandelsabkommens, das den Marktzugang für Waren und Dienstleistungen verbessert und im Wesentlichen den gesamten Handel umfasst, sowie Bestimmungen zur Transparenz bei Regulierungen in Bereichen zum Inhalt hat, die für den gegenseitigen Handel und gegenseitige Investitionen relevant sind, einschließlich Normen und Konformitätsbewertungen, gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, der Durchsetzung von Urheberrechten, Handelserleichterungen und Zoll, öffentlichem Beschaffungswesen sowie Handel und Wettbewerb, und auch Bestimmungen zu Handel, Entwicklung und Menschenrechten als wesentliche Elemente des Freihandelsabkommens;
8. unterstützt die mit Indien geführten Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen und respektiert dabei uneingeschränkt die unterschiedliche wirtschaftliche Lage beider Partner, die besondere sozio-ökonomische Situation in Indien und insbesondere die Lage der armen Kleinbauern; vertritt die Auffassung, dass ein Kapitel über nachhaltige Entwicklung, in dem ehrgeizige Ziele formuliert werden, ein grundlegender Bestandteil eines jeden Abkommens sein sollte und betont, dass dieses Kapitel den standardmäßigen Streitbeilegungsmechanismen unterworfen sein sollte;
9. stellt fest, dass die Europäische Union eine wichtige Quelle ausländischer Direktinvestitionen für Indien darstellt (etwa 19,5 % aller nach Indien geflossenen ausländischen Direktinvestitionen) und dass sich Indiens kumulative Direktinvestitionen in Joint Ventures und vollständig in indischem Besitz befindliche Tochtergesellschaften in der Europäischen Union (von April 1996 bis 2006/2007) auf 4,31587 Milliarden Euro belaufen haben, was die Union zum wichtigsten Ziel indischer Auslandsinvestitionen gemacht hat; erkennt an, dass die Investitionsströme zwischen der Union und Indien zugenommen haben und nach dem erfolgreichen Abschluss des Freihandelsabkommens voraussichtlich sogar noch weiter zunehmen werden;
10. erinnert daran, dass die Europäische Union und Indien wichtige Handelspartner und Gründungsmitglieder der WTO sind; bedauert das jüngste Scheitern der multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen der Doha-Entwicklungsrunde und den Streit zwischen den Vereinigten Staaten und Indien über Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse; stellt fest, dass ein Scheitern der WTO-Verhandlungen folgende Konsequenzen haben würde: den Verlust möglicher Wohlfahrtsgewinne als Folge der neuen WTO-Reformen; die ernsthafte Gefahr einer schweren Beschädigung der Glaubwürdigkeit des internationalen Handelssystems und der WTO; die Möglichkeit, dass sich der Handelsprotektionismus ausbreitet, und das Risiko, dass WTO-Mitglieder den Multilateralismus durch bilaterale und regionale Abkommen ersetzen; drängt die Europäische Union und Indien, erneute Anstrengungen zu unternehmen, um zu einem umfassenden Handelsabkommen zu gelangen, von dem nicht nur die Europäische Union und Indien, sondern die gesamte internationale Gemeinschaft profitieren würden;

11. fordert die Kommission auf, im Rahmen der Verhandlungen mit Indien über ein Freihandelsabkommen den Menschenrechten einen zentralen Stellenwert einzuräumen, insbesondere der Umsetzung der Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO im Zusammenhang mit Kinder- und Zwangsarbeit (Konventionen Nr. 138 und 182), ferner dem Abbau nichttarifärer Hemmnisse und den Beschränkungen bei ausländischen Direktinvestitionen in Schlüsselbereichen und der Achtung der Rechte an geistigem Eigentum;
12. stellt fest, dass am 28. August 2008 ein Freihandelsabkommen zwischen Indien und der ASEAN angekündigt worden ist; verleiht der Hoffnung Ausdruck, dass das Abkommen zu weiterem Wirtschaftswachstum führen, die regionalen politischen Beziehungen stärken und die Sicherheit in Südostasien fördern wird;
13. fordert die Europäische Union und Indien auf, zügig auf den Abschluss von See- und Luftverkehrsabkommen hinzuwirken, welche den bilateralen Handel und die bilateralen Investitionen ankurbeln würden; stellt fest, dass der Gipfel auch eine Gelegenheit bieten wird, die Finanzierungsvereinbarung für das neue Kooperationsprogramm im Bereich der Zivilluftfahrt zu unterzeichnen;
14. begrüßt die Errichtung des Europäischen Geschäfts- und Technologiezentrums in Neu-Delhi (EBTC), das einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der europäischen und der indischen Wirtschaft leisten wird, aber auch zwischen Vertretern aus Wissenschaft und Forschung, wobei den Erfordernissen des indischen Marktes entsprochen werden muss;
15. fordert, dass der Rat schnell in Bezug auf ein System zur Erleichterung der Visaformalitäten vorankommt;
16. begrüßt die Gründung des „Indian Wildlife Crime Control Bureau“, ist jedoch nach wie vor tief besorgt über die bedauernswerte Lage, in der sich der Wildtiger befindet, und fordert Indien auf, Tiger vor dem Verlust ihrer Lebensräume und vor illegalem Handel durch länderübergreifende kriminelle Netzwerke zu schützen; fordert spezifische Hilfe vonseiten der EU für diese Schutzbemühungen, und zwar in Form von Know-how und finanzieller Unterstützung sowie der Stärkung des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen CITES;
17. ermutigt beide Seiten zu enger Zusammenarbeit bei den großen ökologischen Herausforderungen, denen unser Planet gegenübersteht; drängt in diesem Zusammenhang die Europäische Union und Indien, soweit möglich gemeinsame Ansätze angesichts des drohenden Klimawandels zu entwickeln und die Treibhausgasemissionen zu verringern; betont die für beide Seiten bestehende Notwendigkeit, sich für die Zeit nach 2012 auf ein Abkommen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen festzulegen, erkennt dabei aber die besondere Problematik an, der Indien als Entwicklungsland gegenübersteht;
18. stellt fest, dass die Energiepreise weltweit in die Höhe schnellen und dass dies mit Folgen für Haushalte, Wirtschaft und Handel verbunden ist; betont, dass die Diversifizierung der Energieversorgung eines der wichtigsten politischen Ziele ist, und verweist auf die Risiken für die politische Stabilität in Europa und Südostasien, die von einer Bedrohung der Energiesicherheit ausgehen;

19. nimmt zur Kenntnis, dass die Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Indien über die zivile Nutzung der Atomkraft gebilligt hat (und dass Indien einseitig erklärt hat, seinen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Nichtverbreitung nachkommen zu wollen und an seinem freiwilligen Moratorium für alle Kernwaffentests festzuhalten); fordert die indische Regierung auf, ihr Moratorium über Kernwaffentests in eine rechtlich bindende Verpflichtung zu überführen;
20. erkennt an, dass Indien eine wichtige Rolle bei der Verhütung von Konflikten und friedenserhaltenden Maßnahmen in seiner Nachbarschaft und darüber hinaus spielt; ist beunruhigt angesichts der gegenwärtig instabilen politischen Lage in Pakistan und der zunehmenden Sicherheitsdefizite in Afghanistan und Sri Lanka und hofft, dass Indien in seiner Eigenschaft als Regionalmacht einen Beitrag zu einer stabilen und friedlichen Entwicklung leisten wird; fordert Indien und die Europäische Union auf, insbesondere durch die Vermittlung des Sondergesandten der Europäischen Union für Birma gemeinsam darauf hinzuwirken, die birmanische Militärjunta zur Freilassung der politischen Häftlinge und zur Achtung der Menschenrechte zu bewegen;
21. bedauert den Ausbruch von Unruhen in Jammu und Kaschmir im August 2008 und empfiehlt, dass die Behörden alle vertretbaren Schritte unternehmen, um zu gewährleisten, dass die Wahlen in Jammu und Kaschmir in einem stabilen Umfeld stattfinden können; ist überzeugt, dass die Öffnung von Kaschmir für den freien Waren- und Personenverkehr einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung von Gewalt und Unterdrückung leisten würde; sieht erwartungsvoll der Zeit entgegen, zu der eine Reduzierung der militärischen Präsenz stattfinden kann, was zum normalen Funktionieren der Bürgergesellschaft, der Geschäftstätigkeit und des Fremdenverkehrs förderlich wäre;
22. ist tief besorgt über die gewaltigen Flutschäden im Nordosten Indiens, von denen insbesondere der Bundesstaat Bihar, aber auch die Nachbarländer Nepal und Bangladesch betroffen sind; bedauert die Tatsache, dass diese Katastrophe zahlreiche Opfer gefordert hat und mehr als eine Million Menschen obdachlos wurde; begrüßt die von der EU zur Verfügung gestellte Soforthilfe; fordert die EU und Indien auf, ihre Zusammenarbeit bei Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen des Klimawandels zu verstärken und speziell gemeinsame Maßnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien auf den Weg zu bringen;
23. begrüßt die Anstrengungen der indischen Regierung und Zivilgesellschaft bei den Rettungs- und Evakuierungsmaßnahmen, der Koordinierung der Hilfe, der Verteilung von Lebensmitteln und der Betreuung in den Notlagern; betont, dass die Bereitstellung von Wohnmöglichkeiten und die Wasserversorgung in der aktuellen Situation absolute Priorität genießen müssen, damit die Gesundheit der Bevölkerung gewährleistet werden kann; spricht sich für eine verstärkte internationale Zusammenarbeit mit Indien aus, damit Maßnahmen zur Anpassung an das Klima ohne Verzögerung umgesetzt werden können, da Naturkatastrophen und vom Menschen verursachte Katastrophen, wie z. B. Überschwemmungen, zunehmen und deshalb Maßnahmen zur Vorbeugung und Folgenbewältigung erforderlich sind;



24. erkennt an, dass Indien als Modell dienen kann, was das Umgehen mit einem kulturellen und religiösen Pluralismus betrifft, obgleich es immer wieder auf lokaler Ebene zu Problemen zwischen den Religionen – wie beispielsweise zwischen Hindus und Christen – kommt; bringt jedoch seine tiefe Besorgnis über die derzeitige Lage der christlichen Minderheiten zum Ausdruck und ist besorgt über die Auswirkungen, die die Konvertierungsverbotsgesetze, die in mehreren indischen Staaten Verbreitung gefunden haben, auf die Freiheit der Religionsausübung haben könnten;
25. äußert sich tief besorgt über die jüngsten Übergriffe auf Christen in Orissa (von denen viele zu den Dalits gehörten) und insbesondere im Distrikt Kandhamal; betont die Notwendigkeit, unverzügliche Hilfe und Unterstützung für die Opfer zu gewährleisten, einschließlich Entschädigung für die Kirche für Schäden, die an ihrem Eigentum verursacht wurden, sowie für Einzelpersonen, deren Privateigentum in ähnlicher Weise beschädigt wurde; drängt die Behörden, denjenigen, die aus ihren Dörfern flüchten mussten, eine sichere Rückkehr zu ermöglichen; weist ausdrücklich darauf hin, dass alle Beschuldigten, einschließlich hoher Polizeivertreter, umgehend von der Justiz zur Rechenschaft gezogen werden müssen; bedauert, dass seit dem Ausbruch der Gewalttätigkeiten 35 Menschen getötet worden sind, und fordert die Staatsorgane und nationalen Behörden auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die christliche Minderheit zu schützen;
26. bringt sein tiefes Mitgefühl für die Opfer der terroristischen Bombenanschläge in Indien sowohl auf eigenem Hoheitsgebiet als auch in Afghanistan und speziell in der indischen Botschaft in Kabul zum Ausdruck; erinnert insbesondere an den jüngsten am 13. September 2008 in der indischen Hauptstadt verübten Bombenanschlag, den Tod von über 180 Menschen in Mumbai im Jahr 2006 und von über 60 Menschen in Jaipur im Mai 2008; verurteilt diese und alle Terrorangriffe;
27. bekräftigt die Bedeutung der Zivilgesellschaft in den Debatten zu Fragen von Prinzipien in den laufenden beiderseitigen Verhandlungen; fordert in diesem Zusammenhang die Bedeutung des 2001 begonnenen EU-Indien-Rundtischgesprächs mit der Zivilgesellschaft zu stärken und fordert insbesondere, dass dieses die Möglichkeit erhalten muss, seiner beratenden Funktion gegenüber der Zivilgesellschaft in der EU und Indien wirksam nachzukommen; fordert ferner, dass die Ergebnisse dieses Austauschs bei den Entscheidungen der EU stärker berücksichtigt werden;
28. begrüßt Indiens Kooperation mit dem UN-Menschenrechtsrat bei der Durchsetzung der Menschenrechte; würdigt ferner die Nationale Menschenrechtskommission Indiens für ihre unabhängige und harte Arbeit bei der Bekämpfung von religiöser Diskriminierung und anderen Problemen; bedauert, dass Indien das internationale Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe und dessen Zusatzprotokoll noch nicht ratifiziert hat; spricht sich dafür aus, dass Indien beide unverzüglich ratifiziert; fordert die indische Regierung auf, die Todesstrafe unverzüglich abzuschaffen, indem sie ein Moratorium für die Vollstreckung der Todesstrafe verhängt; ermutigt die indische Regierung, das fakultative Zusatzprotokoll zu dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu unterzeichnen und zu ratifizieren; fordert

- Indien außerdem auf, dem Internationalen Strafgerichtshof beizutreten; fordert die indischen Behörden auf, das Sonderermächtigungsgesetz für die Streitkräfte (Armed Forces Special Powers Act) zu reformieren, das die Straffreiheit von Militär- und Polizeiangehörigen garantiert;
29. fordert einen Bericht der Kommission über Maßnahmen im Bereich Menschenrechte in Indien und erinnert an dieser Stelle daran, dass Menschenrechtsdialog zwischen der EU und Indien Modellcharakter hat; ist in diesem Zusammenhang überrascht, dass in Indien Mikroprojekte der Zivilgesellschaft im Gegensatz zu anderen Ländern nicht durch das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDDHR)<sup>5</sup> gefördert werden können;
  30. fordert die EU und Indien auf, ihr gemeinsames Engagement für den Kampf gegen die Geißel des Terrorismus deutlich zu machen, der eine der größten Bedrohungen für Frieden und Sicherheit in der Welt darstellt; drängt auf eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich des Austauschs nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und fordert, dass ernsthaft darüber nachgedacht wird, Indien eine privilegierte Stellung in Bezug auf Europol einzuräumen;
  31. betont, dass die Ernährungssicherheit in Indien nach wie vor eine Frage von großer Relevanz ist; fordert die indische Regierung auf, die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage zu schließen, indem die einheimische Getreideerzeugung beschleunigt wird, öffentliche und private Investitionen gefördert sowie neue Technologien verwendet und verschiedene Sorten angebaut werden;
  32. begrüßt die Fortschritte Indiens bei der Bekämpfung der Armut (Millennium-Entwicklungsziel 1); nimmt allerdings den langsamen Fortschritt bezogen auf die Millennium-Entwicklungsziele in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Gleichstellung der Geschlechter und Emanzipierung der Frauen zur Kenntnis; wiederholt seine Beunruhigung angesichts der Kindersterblichkeit und der Gesundheit von Müttern (Millennium-Entwicklungsziele 4 und 5), wo die geringsten Fortschritte zu verzeichnen sind und die angestrebten Ziele wahrscheinlich nicht bis 2015 erreicht werden; fordert den Rat, die Kommission und die indische Regierung auf, Maßnahmen zur Herstellung der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern, zur Senkung der Kindersterblichkeit und zur Verbesserung der Gesundheit von Müttern ins Zentrum ihrer Bemühungen zu stellen;
  33. ruft die EU und Indien dazu auf, den Austausch zwischen den Menschen und den kulturellen Dialog verstärkt zu fördern;
  34. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Republik Indien zu übermitteln.

---

<sup>5</sup> Verordnung (EG) Nr 1889/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Einführung eines Finanzierungsinstruments für die weltweite Förderung der Demokratie und der Menschenrechte